

Postulatvon Gregor Bucher (Grüne)
und Daniel Leupi (Grüne)

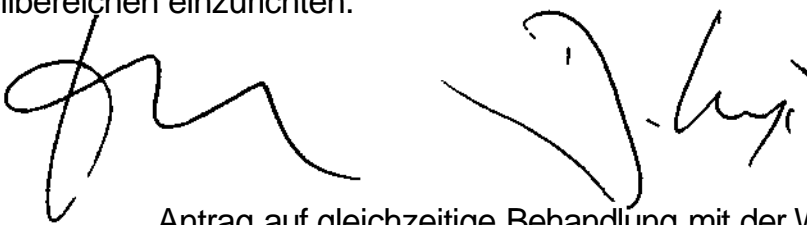
Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Schülerinnen-Mitsprache oder gar - Mitbestimmung in allen geleiteten Schulen für obligatorisch erklärt werden kann.

Begründung:

Die Schule ist je länger je mehr eine ganzheitlich, interdisziplinär gestaltete Einrichtung. Die Elternmitsprache ist in den Quartierschulen in unterschiedlicher Form geregelt. Die Schulteams setzen sich zusammen aus Fachpersonen unterschiedlicher Herkunft und mit sich ergänzendem Wissen und Können. Die Handlungs- und Entscheidungskompetenzen sind weitgehend geregelt.

Die Schülerinnen und Schüler haben ebenso wertvolles Wissen und Können. In der Schule werden sie unter anderem auch in Mitverantwortung und Gemeinschaftsbildung geschult, werden als Individuum wahrgenommen und gefördert. Sie lernen sich in Gruppen einzubringen und ihre Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen. Sie lernen Position zu beziehen, Meinungen zu vertreten, Standpunkte abzuwägen.

Derart wertvolle Fähigkeiten, eingebettet in einen Bildungsauftrag und sozialpädagogische Aufgaben der Schule, sollten besser genutzt werden. Schulparlamente sind mögliche Organisationsformen, doch gibt es auch viele andere sinnvolle Möglichkeiten, Partizipation als Interessensgruppe erlebbar zu machen. Nebst dem Fachwissen der für die Quartierschule, den Betrieb, die Bildung und Erziehung im Schulrahmen Verantwortlichen sind schon heute Eltern Teil der Mitsprache. Als Dritte - und eigentlich zentrale - Bezugsgruppe der Schule (nebst in der Schuleinheit Angestellten und den Eltern), ist es an der Zeit, den Kindern und Jugendlichen je Schuleinheit ein angemessenes Forum für Mitsprache oder sogar Mitbestimmung in Teilbereichen einzurichten.



Antrag auf gleichzeitige Behandlung mit der Weisung 262